

1. *Die Linke Ortsverband Aachen-Stadt übernimmt das Positionspapier als Leitplanke für die eigene Arbeit.*
2. *Weiterhin stellen wir die Verwendung des Positionspapiers als Leitplanke der Arbeit für den Kreisverband auf der Jahreshauptversammlung unter Hinzunahme aller Ortsverbände zur Beratung.*

Als Die Linke Ortsverband Aachen-Stadt stellen wir folgenden Antrag an die Jahreshauptversammlung des Die Linke Kreisverbandes Städteregion Aachen am 07.02.2026:

Antrag an die Mitgliederversammlung von Die Linke Kreisverband Städteregion Aachen

Die Linke Kreisverband Städteregion Aachen möge beschließen...

Präambel

In unserer Mitgliedschaft sind zentrale Grundpfeiler linker Politik lebendig verankert: der demokratische Sozialismus von unten als Perspektive für die Gesellschaft, sich selbst zu befreien, Organizing zum Aufbau von kollektiver Gegenmacht und ein klarer Antiimperialismus, welcher sich gegen Krieg, Aufrüstung und globale Ausbeutungsverhältnisse richtet. Diese Prinzipien sind bereits gelebte Praxis an der Basis unserer Partei.

Die Neuausrichtung der Linken kann nur gelingen, wenn sie diese Erfahrungen, Kämpfe und Überzeugungen ihrer Basis ernst nimmt und diese zur zentralen Ausrichtung ihres politischen Handelns macht.

Wir wollen hier in Aachen weiter gemeinsam aktiv sein. Dafür soll dieses Papier eine Art Leitplanke für den kommenden Kreisvorstand sowie die restlichen Vorstände und Strukturen sein.

Lasst uns also miteinander diskutieren und solidarisch streiten, um dann gemeinsam zu kämpfen – Es gibt eine Welt zu gewinnen!

Niemals alleine, immer gemeinsam!

1. Die Linke als sozialistische Mitgliederpartei aufbauen

Mit inzwischen fast 1000 Mitgliedern haben wir in den letzten Monaten in der Städteregion Aachen so einiges erreichen können. Seit inzwischen fast zwei Jahren führen wir tausende Haustürgespräche, organisieren Mieter*innen, planen Veranstaltungen mit Nachbar*innen und Demonstrationen für Frieden in Gaza oder gegen den Rechtsruck und konnten starke Ergebnisse bei der Bundestags- und Kommunalwahl erzielen.

Das alles hätte ohne eine erfolgreiche Aktivierung unserer Basis nicht so gelingen können. Dadurch, dass wir inzwischen ca. dreimal so viele Mitglieder sind wie vor der Bundestagswahl und es geschafft haben viele der Mitglieder aktiv zu beteiligen, haben wir einen Weg aufgezeigt, wie die Linke Politik anders machen kann, um wirklich einen Unterschied zu machen. Wir stehen jetzt vor der Herausforderung, wie wir den neu zu uns gestoßenen Mitgliedern einen Ort geben, an dem sie nicht nur mitmachen können, sondern den sie gemeinsam mit langjährigen Genoss*innen selbst gestalten können und an dem sie sich langfristig organisieren wollen.

Um zugänglich für Neumitglieder zu sein und einen Ort für langfristige Organisation zu bieten sollten wir niedrighschwellige Mitmachangebote anbieten, gute Bildungs- und Ausbildungsformate schaffen und Räume zum sozialen Austausch öffnen. So binden wir unsere Mitgliedschaft langfristig ein und machen die Linke kampagnen- und handlungsfähig - über den Hype hinaus.

Nicht zuletzt sollten wir uns, mit so vielen Mandatsträger*innen wie noch nie zuvor, auch die Frage stellen, wie wir die Arbeit der Fraktionen und Partei gut zusammenführen können.

Mitglieder aktivieren und Basisaktivität aufbauen

Um Mitglieder zu beteiligen und Basisaktivität zu ermöglichen, braucht es niedrighschwellige Ansprache und Mitmachangebote. Im Rahmen der

Vorwahlkampagne 2024 haben wir gute Erfahrungen mit der Zetkin-Plattform gesammelt um Mitglieder mit Telefonaktionen direkt anzusprechen und zu Veranstaltungen einzuladen. Besonders hilfreich an Zetkin ist die Möglichkeit, Telefonaktionen, Veranstaltungen und Umfragen zu verbinden und so Mitglieder zielgerichtet und anliegenbasiert anzusprechen. In anderen Kreisverbänden, bei der Bundespartei und in anderen Organisationen gab es bereits sehr gute Erfahrungen mit groß angelegten Mitgliederbefragungen. Im Rahmen einer Mitgliederbefragung werden die Anliegen und Wünsche der Mitgliedschaft eingeholt, anhand dieser Informationen können Mitglieder dann im Anschluss zu passenden Veranstaltungen und Aktivitäten eingeladen werden.

Um langfristig Aktivität zu ermöglichen, wollen wir Basisorganisationen (BOen) aufbauen und neue gründen, um Orte für politische Debatten außerhalb der WhatsApp-Chats und Socializing zu schaffen. Außerdem wollen wir, um breitest mögliche Beteiligung aller Mitglieder des Ortsverbandes sowie eine demokratische Legitimation aller Entscheidungen zu ermöglichen in jedem Quartal eine Mitgliederversammlung durchführen. Diese entscheiden über die politischen Linien der Arbeit des Ortsverbandes, über die Bildung weiterer Basisorganisationen, Arbeitsgruppen etc.

Mit regelmäßigen Onboardingtreffen sollen Neumitglieder einen einfachen Einstieg sowohl in die Basisorganisationen (BOen) als auch in laufende Projekte des Ortsverbandes wie die Mietenkampagne, Palästinakampagne oder die Beteiligung an Widersetzen und Aktionen und Demos gegen Rechts finden können. Ähnliches gilt für die ebenso wichtige Umweltarbeit: Für Stadtökologie und gegen atomare und fossile Energieformen .

Gegenseitig ausbilden und in Verantwortung bringen

In der Aktivengruppe, Palästinakampagne und Mietenkampagne haben wir es gut geschafft, Mitglieder darin auszubilden Demos und Veranstaltungen zu organisieren, Haustür- und Campusgespräche zu führen und Teamtreffen zu organisieren. In den

letzten Monaten ist es gut gelungen, Verantwortung breit aufzuteilen, auch mit der Neugründung der BOen wurde Verantwortung von Menschen übernommen, die das davor noch nicht getan haben.

Das sollten wir so fortführen und handlungsfähige Teams und Gruppen aufbauen, in denen Menschen schnell Verantwortung übernehmen und daran wachsen können.

Zusätzlich sollten wir Aktionstage und größere Veranstaltungen auch als Ausbildungsort, sowohl für die Organisator*innen als auch für die Teilnehmer*innen sehen.

Für uns ist aber auch die theoretische Ausbildung unserer Mitglieder nicht zu vernachlässigen. Dazu gehören die theoretischen Grundpfeiler, aber vor allem auch Debatten und Bildung mit aktuellem Praxisbezug. Die Erfahrungen der ersten BO-Treffen zeigen, dass diese dafür ein sehr guter Ort sein können. Wir wollen daher in den nächsten Monaten daran anknüpfen und das zu einem festen Bestandteil der BO-Treffen machen.

Trotzdem sollten Ausbildungs- und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen und theoretischen Themen nicht nur in den BO-Treffen stattfinden, sondern auch vom Kreis- und Ortsverband organisiert werden.

Rolle von Abgeordneten und Mandatsträger*innen

Die Linke Aachen steht in den nächsten Jahren nicht nur vor der Herausforderung viele neue Mitglieder einzubinden und zu beteiligen, seit der Kommunalwahl haben wir auch so viele Mandatsträger*innen wie noch nie zuvor.

Wir müssen Konzepte entwickeln, wie wir eine gute Zusammenarbeit der Fraktion(en) und Partei ermöglichen. Wir dürfen unsere Rolle im Parlament nicht einfach als Vertretung der Wähler*innen verstehen, sondern sollten Formate entwickeln, in denen wir mit den Menschen in Kontakt treten und nicht nur ihre Anliegen ins Parlament tragen, sondern sie beteiligen und mit ihnen gemeinsam für Verbesserungen kämpfen.

Mandatsträger*innen der Linken erfüllen eine herausfordernde und wichtige Funktion. Durch die erhöhte Öffentlichkeit und ihre Rolle, die Positionen der Partei nach außen zu tragen, stehen sie in einer besonderen Verantwortung und sind gleichzeitig großem Druck des Parlaments und der Öffentlichkeit ausgesetzt. Mit diesen Herausforderungen müssen wir auch als Partei einen guten Umgang finden. Bundesweit werden Konzepte von Mandatszeitbegrenzung und Gehaltsdeckel

diskutiert und unser Bundestagsabgeordneter Fabian geht was Transparenz und Decklung des Gehalts angeht mit gutem Beispiel voran.

Wir haben im Rahmen der Kommunalwahl Vereinbarungen, insbesondere die Zahlung der Mandatsträgerabgabe mit Kandidat*innen getroffen, in den nächsten Monaten ist es Aufgabe des Kreisvorstandes, diese Vereinbarungen im gesamten Gebiet des Kreisverbandes einzufordern.

Daher setzen wir uns im Kreisverband dafür ein, dass es wieder einen engen Austausch zwischen „unseren Kommunalos“ und den Gremien sowie der Mitgliedschaft gibt, nicht nur sogenannte Rätetreffen.

Wir setzen uns für Mandatszeitbegrenzung auf allen Ebenen ein, für transparenten Umgang mit Diäten und Aufwandsentschädigungen sowie für eine jederzeitige Rechenschaftspflicht unserer gewählten Vertreter*innen.

Um diesen Herausforderungen im Aufbau einer sozialistischen Mitgliederpartei zu begegnen beschließen wir:

In der ersten Hälfte des Jahres 2026 soll eine Mitgliederbefragung stattfinden, in der die Anliegen der Mitglieder abgefragt werden, um eine effektive Einladung zu Veranstaltungen und Aktivitäten zu ermöglichen.

Der OV Aachen-Stadt unterstützt die Gründung neuer Basisorganisationen organisatorisch und stellt einen Antrag zur Jahreshauptversammlung des KV zur Finanzierung der BOen.

Der OV Aachen-Stadt veranstaltet rechtzeitig vor den alle drei Monate stattfindenden Mitgliederversammlungen Onboardingveranstaltungen in denen Mitglieder die Partei, ihre Strukturen und gewählte Mitglieder der Vorstände kennenlernen können. Dort werden ihnen weitere Angebote zum mitmachen in den BOen, Kampagnen, Projekten und weiteren Strukturen der Partei gemacht.

Bei der Planung größerer Events sind die Organisator*innen dazu angehalten geeignete Ausbildungsformate mitzudenken. In Kampagnen und BOen soll darauf

geachtet werden auch neuen Menschen Verantwortung zu übergeben und sie im Sinne einer guten Ausbildung bzw. Mentorings dabei zu begleiten.

Der OV, die Sprecher*innen der BOen und Koordinationen der Kampagnen beteiligen sich am Austausch mit KV und Fraktionen, um die laufenden Projekte gemeinsam zu denken. Dabei soll die Beteiligung der Basis und der Menschen, mit denen wir gemeinsam Veränderung erkämpfen wollen, zentraler Bestandteil sein.

Wir begrüßen die Entwicklung von Instrumenten wie Mandatszeitbegrenzung und Gehaltsdeckel auf Bundes- und Landesebene. Vor der Aufstellung der Kandidat*innen zur Landtagswahl soll im Orts- oder Kreisverband eine Debattenveranstaltung zu diesen Maßnahmen organisiert werden. Diese sollte vor der Wahl der Delegierten zur Wahlversammlung der Landesliste und vor der Aufstellung von Kandidat*innen der Direktwahlkreise zur Landtagswahl stattfinden. Je nach Ergebnis der Debatte unterstützt oder stellt die Linke Aachen entsprechende Anträge für diese Instrumente an den Landesparteitag und fasst entsprechende Beschlüsse für die Aufstellung unsere Direktkandidat*innen.

2. Die Linke als organisierende Klassenpartei

„Wir wollen Hoffnung nicht nur propagieren, sondern organisieren.“ unter diesem Motto fand der letzte Bundesparteitag statt. Dieses Motto stellt eine Leitplanke zur weiteren Entwicklung unserer Partei dar. Mit inzwischen 100.000 Mitgliedern, von denen über die Hälfte seit dem Bundestagswahlkampf neu dazu gekommen sind, starken Wahlergebnissen in den letzten Monaten und einem Zuwachs an Aktiven haben wir gute Ausgangsvoraussetzungen, dieses Ziel anzugehen.

Die Linke muss zeigen: Es gibt eine Alternative zu Vereinzelung, Militarisierung, Sozialabbau und Rechtsruck – Diese Alternative kann überzeugender als die rassistischen Antworten der Rechten und Faschisten sein. Mit sozialistischem Organizing¹ können wir es schaffen, Hoffnung für diese Alternative aufzubauen und trotz Rechtsruck linke Erfolge erzielen.

Bei der Auftaktversammlung zur bundesweiten Mietenkampagne Anfang Oktober sind bereits Hunderte Aktive zusammengekommen und haben erste Schritte gelegt Mieter*innen zu organisieren, den Kampf mit dreisten Vermietern aufzunehmen und so Hoffnung bei den Mieter*innen aufzubauen. Und auch in Aachen haben wir in den letzten Monaten gemeinsam mit den Mieter*innen große Fortschritte gemacht und erste Erfolge im Mietenorganizing erzielt.

Für uns bietet die Mietenkampagne gerade eine große Chance, die Art wie Parteiarbeit funktioniert und die Strukturen der Partei neu zu denken und einige der Herausforderungen anzugehen, mit denen wir nach den erfolgreichen Bundestags- und Kommunalwahlen und Mitgliederboom konfrontiert sind.

¹ Organizing ist für uns der systematische Aufbau kollektiver Macht von unten, indem unsere Klasse (z.B. Arbeiter*innen und Mieter*innen) aktiv beteiligt, geschult und zu Führungspersonen entwickelt wird, um reale politische und soziale Veränderung durchzusetzen.

Verankerung in der Klasse aufbauen

Die Linke hat in den letzten Monaten gezeigt: Ein klassenpolitisches Framing von „Unten gegen Oben“ („Es sollte keine Milliardäre geben!“) kann erfolgreich sein. Wichtig war aber auch: das klassenpolitische Framing war kombiniert mit einem Zugehen der Linken auf die lohnabhängige Klasse und deren realer Beteiligung an Forderungen.

Dabei dürfen wir die Klasse nicht reduzieren auf „den Industriearbeiter“, auch Angestellte, Arbeitslose, Auszubildende und Studierende sind Teil unseres Verständnisses von lohnabhängiger Klasse und ihre Anliegen sind nicht rein ökonomisch.

Obwohl vielen Menschen bewusst ist, dass ihre Probleme immer größer werden, sucht ein großer Teil weiterhin nicht die Lösungen in linker Politik. Gegenüber rechten Narrativen ist es häufig schwierig linke Antworten auf die Krise einfach zu formulieren, wir haben aber gute Schritte mit dem klassenpolitischen Framing z.B. um das Thema Miete geschafft. Um langfristig einen Unterschied zu machen, muss die Linke verlässlich an der Seite all derer stehen, die Tag für Tag unsere Gesellschaft am Laufen halten und Vertrauen zu diesen Menschen aufbauen.

Natürlich wurden dabei auch schon Erfolge erzielt. Durch Haustürgespräche im Vorwahlkampf und einen klaren Fokus auf wenige Kernthemen im Wahlkampf konnte in kleinen Schritten Vertrauen gewonnen werden, auf dem wir jetzt weiter aufbauen können. Hier haben wir es geschafft, den Menschen tatsächlich eine Möglichkeit der Beteiligung anzubieten und haben ihre Lebensrealität in den Mittelpunkt unserer Kommunikation gestellt. Es geht darum, die Menschen nicht nur „zu informieren“, sondern sie zu zentralen und handelnden Akteuren in unserer Politik zu machen.

Der beste Weg Vertrauen aufzubauen ist es direkt auf die Menschen zuzugehen, ihre Anliegen aufzugreifen und gemeinsam mit ihnen, ihren Nachbar*innen und Kolleg*innen den Kampf für bessere Lebensbedingungen aufzubauen, um konkrete Verbesserungen im Lebensalltag zu erwirken. Diese Strategie nennen wir häufig (sozialistisches) Organizing. Wenn Die Linke tatsächlich verankert in der lohnabhängigen Klasse sein möchte und gemeinsam mit den Menschen Verbesserungen erkämpfen möchte, müssen wir diese Strategie und Methodik weiterentwickeln.

Die wichtigsten Themen, die in den über hunderttausenden Gesprächen vor der Bundestagswahl genannt wurden waren hohe Mieten und Preise. Dieses Thema greifen wir im Rahmen der bundesweiten Mietenkampagne auf. Bis zur nächsten Bundestagswahl sollen deutschlandweit lokale Mietenkampagnen durchgeführt werden, (zehn-)tausende Mieter*innen organisiert werden und fünf Mietendeckel für kommunale Wohnungsunternehmen gesetzt werden. Wir wollen das Thema Miete politisieren und zur nächsten Bundestagswahl als das zentrale Thema setzen und damit die Mietfrage gewinnbar machen. Selbst mit dieser Zeitspanne ist dafür eine breite Beteiligung innerhalb der Partei und auch konkret innerhalb unseres Kreises notwendig. Ein so großes Ziel können wir nur gemeinsam erreichen.

Unsere lokale Mietenkampagne findet bereits statt. Es gibt regelmäßige Haustüraktionstage und Telefonaktionen und in bisher vier Haustürteams kümmern wir uns um einzelne Häuserblöcke mit besonders vielversprechenden Kämpfen.

In Mitgliederversammlungen werden wir über die laufenden Kampagnen, Erfolge und Herausforderungen transparent berichten.

Erfolge erringen und „Politik anders machen“

Bei der Bundestagswahl hat Die Linke das Versprechen gegeben, Politik anders zu machen. Dieses Versprechen gilt es jetzt einzuhalten. Um eine Antwort auf die berechtigte Frustration der Menschen gegenüber „der Politik“ aufzugreifen und zu zeigen dass wir auch tatsächlich nicht nur leere Versprechen machen, muss Die Linke Hoffnung auf Verbesserung in der Lebensrealität der Menschen schaffen und zeigen dass wir konkrete Verbesserungen erreichen können.

Um Hoffnung aufzubauen, müssen wir zeigen, dass es sich lohnt zu kämpfen. Deswegen fokussieren wir uns in den nächsten Monaten darauf, an der Seite der Mieter*innen ganz konkret Euro für Euro und Wohnung für Wohnung zurückzuholen und so zu zeigen: Die Macht der Wohnkonzerne, Vermieter*innen und ihrer Lobby kann gebrochen werden, wir können gewinnen.

Dafür legen wir einen Fokus auf den Heizkostencheck: Viele Wohnkonzerne und Vermieter*innen rechnen Nebenkosten falsch ab. Eine Möglichkeit wie Wohnkonzerne und Vermieter*innen oft ihre Mieter*innen über den Tisch ziehen ist mit der falschen

Abrechnung der Heizkosten, was in etwa jeder vierten Abrechnung vorkommt. In Fällen in denen auf diese Weise falsch abgerechnet wird können sich Mieter*innen pauschal 15% ihrer Heizkosten zurückholen. In einigen LEG Siedlungen hier in Aachen haben wir Mieter*innen bereits beim Widerspruch gegen die Abrechnung unterstützt und mit ihren Nachbar*innen gesprochen. So wollen wir möglichst vielen Mieter*innen ermöglichen, sich die zum Teil mehreren hundert Euro zurückzuholen.

Neben dem Heizkostencheck haben wir auch die Petition „Maßnahmen gegen den Mietnotstand in Aachen ergreifen“ gestartet und wollen mit Unterstützung unserer Ratsfraktion Druck für eine Verbesserung der Mietsituation in Aachen aufbauen. Wir wollen über die Petition mit tausenden Aachener*innen ins Gespräch kommen, sei es bei Haustürgesprächen, am Infostand oder bei Veranstaltungen. Bis April wollen wir 5.000 Unterschriften sammeln und klar stellen: Es herrscht Mietnotstand in Aachen und wir lassen nicht locker bis wir Mieter*innen den Mietendeckel in Aachen erreicht haben.

Die Mietenkampagne als vereinendes Projekt für die Parteibasis

Seit den Monaten vor der Bundestagswahl hat die Partei Die Linke eine faktische Neugründung erlebt. Im Februar 2025 wurden erstmals in der Parteigeschichte mehr als 100.000 Mitglieder verzeichnet. Circa die Hälfte der heutigen Mitgliedschaft ist demnach seit weniger als einem Jahr dabei. Auch in Aachen lässt sich diese Entwicklung beobachten. Waren wir Anfang 2024 noch ungefähr 350 Personen im Kreisverband, haben wir mittlerweile fast 1.000 Mitglieder erreicht und uns somit fast verdreifacht.

Neben der Aktivierung dieser Genoss*innen muss ein Kernziel unserer Aktivität sein, die Erfahrung derer, die schon seit vielen Jahren in der Partei Die Linke für soziale Gerechtigkeit kämpfen, weiterzugeben. Gleichzeitig sehen wir in den meist jungen Neumitgliedern ein besonders hohes Potenzial für Aktivität, das bewusst eingesetzt werden kann und sollte. Durch diese Entwicklung hat die Partei Die Linke, auch in Aachen, ganz neue Möglichkeiten zur Gestaltung der politischen Arbeit dazugewonnen. Es bleibt eine Herausforderung, die Erfahrung langjähriger Mitglieder auch in Zukunft bestmöglich zu nutzen, um der Partei die erweiterten Möglichkeiten effektiv zu

erschließen. Hierzu bedarf es vielerlei Austausch und Raum, den wir vor allem in den Basisorganisationen und den Mitgliederversammlungen des Ortsverbandes sowie bei Diskussionsveranstaltungen ermöglichen.

Die Mietenkampagne hat das Potenzial, uns in eine breit aufgestellte, aber geschlossen handlungsfähige Gruppe zu verwandeln. Der Kreisvorstand sollte seinen breiten Überblick über den KV Aachen und seine Mitglieder nutzen, um die Kampagne bestmöglich zu verbreitern und gemeinsam mit den Aktiven Handlungsformate zu etablieren, in denen alle Mitglieder sich wiederfinden und insbesondere auch die Erfahrung der langjährigen Mitglieder in die Mietenkampagne eingebracht werden können.

Deshalb beschließen wir zur Umsetzung der Mietenkampagne:

Die Mietenkampagne stellt über die nächsten Jahre einen Fokuspunkt unserer Parteiaktivitäten dar. Das bedeutet nicht, dass andere Themen nicht bearbeitet werden, sondern, dass wir über die nächsten Jahre versuchen Wahlkämpfe und Projekte mit der Mietenkampagne zu verknüpfen und sie in der Breite der Partei umsetzen.

Als Ziel für die erste Kampagnenphase bis April setzen wir uns, die Petition erfolgreich mit 5.000 Unterschriften von Mieter*innen in Aachen zu übergeben.

Auf Mitgliederversammlungen kontrollieren wir dieses Ziel und setzen weitere Ziele und besprechen Beteiligungsmöglichkeiten. Wir wollen die Versammlungen nutzen, um die Kampagne in die Breite der Partei zu tragen und sie gemeinsam zu planen.

Der Ortsverband stellt einen Antrag an die Kreismitgliederversammlung zur Finanzierung der Kampagne. Des Weiteren soll der neu zu wählende Vorstand aufgefordert werden Räume zu schaffen, in denen die Kampagne in der Partei besprochen wird und sich dafür einsetzen, die Kampagne so zu gestalten, dass alle Mitglieder Teil der Kampagne werden können und entsprechende Formate schaffen.

3. Antiimperialismus

Imperialistische Mächte überziehen hauptsächlich in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht unterlegene Regionen mit Kriegen, um sie zu besetzen^[2], in ihnen passende Regierungen zu installieren^[3] und um ihre Rohstoffe zu plündern^[4] oder zu kontrollieren^[5]. Imperialismus geht nicht nur von westlichen Industriestaaten aus, sondern auch von regionalen Mächten, die ökonomische, militärische oder politische Dominanz verfolgen^[6].

Der Imperialismus ist in eine neue Phase der Weltunordnung eingetreten. Diese ist zunehmend geprägt vom Widerspruch der beiden dominierenden Mächte China und USA. Aus Handelskriegen werden zunehmend heiße Kriege und Konflikte um verschiedene Regionen wie die Ukraine, Naher Osten, Westafrika, den asiatisch-pazifischen Raum (Taiwan) sowie aktuell um Venezuela/Lateinamerika. Kriege werden zunehmend normales Mittel der innerimperialistischen Auseinandersetzungen. Dies bedeutet auch die Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen den Klassen innerhalb der Staaten.

Vorwand für imperialistische Militärinterventionen ist immer wieder der Schutz von Menschenrechten^[7]. Dabei werden diese genau so ausgelegt, dass es imperialistischen Interessen nützt.^[8] Insbesondere auch Deutschland drückt sich vor seiner kolonialen Verantwortung in der Vergangenheit^[9] und Gegenwart^[10], wogegen wir entschieden vorgehen müssen.

Zu imperialistischer Politik gehören neben Kriegen und Besatzung auch die Ausnutzung wirtschaftlich schwächerer Staaten durch neokoloniale Handelsabkommen, Monopole und sogenannten „Entwicklungshilfen“^[11]. Linke müssen antiimperialistische Bewegungen unterstützen, weil es dazu beiträgt, den Rassismus und Nationalismus zu untergraben, der immer wieder Arbeiter*innen an ihre herrschende Klasse bindet und so den Kapitalismus mit ermöglicht hat (s. *Racial Capitalism*)^[12].

Kern antiimperialistischer Politik ist die internationale Solidarität mit Befreiungsbewegungen, sowie der Kampf gegen Nationalismus und Militarismus des

eigenen Staates. Antiimperialist*innen kämpfen gegen jeden Krieg und neokoloniale Abhängigkeiten, aber auch gegen das System, das diese hervorbringt.

Unterstützung antiimperialistischer Bewegungen erfolgt durch bedingungslose Solidarität bei gleichzeitiger solidarischer linker Kritik an Art des Kampfes und Zukunftsvisionen. Diskreditierungen werden entschieden zurückgewiesen. Dabei stellen wir uns immer gegen Imperialisten, auch wenn sie andere Imperialisten bekämpfen^[13].

Den Fokus auf Palästina legen

Besonders Menschen, die unter Imperialismus und Rassismus leiden, sehen die Parallelen Palästinas mit eigener Unterdrückung. So solidarisierte sich schon das *Black Power Movement*^[14] und der internationale Antipartheitskampf in Südafrika^[15]. Auch heute zeigen sich insbesondere Völker mit Erfahrung im kolonialen Freiheitskampf solidarisch mit Palästina^[16]. Das unterstreicht wie zentral der Widerstand der Palästinenser*innen im Kampf gegen Kolonialismus ist. Das Vorgehen der israelischen Armee löst auch in der westlichen Welt Massendemonstrationen bis zu von der Arbeiterbewegung getragenen Generalstreiks aus^[17].

Neben den USA ist Deutschland einer der größten Unterstützer Israels^[18] und hat damit eine tragende Rolle in der Unterdrückung Palästinas. Beide verfolgen dort imperialistische Interessen, insbesondere für den Zugang zu Märkten, Rohstoffen und zur Sicherung globaler Monopole^[19]. Daraus folgern wir die klare Ablehnung des „antideutschen“ Ansatzes und die außerordentliche Verpflichtung gegen den Genozid an Palästinenser*innen zu kämpfen^[20].

Nein zur Wehrpflicht! Aktiv gegen Aufrüstung und Militarisierung!

Seit Beginn des Jahres erhalten mehr und mehr junge Menschen den Brief mit der Aufforderung zum Ausfüllen des Fragebogens der Bundeswehr. Dies bedeutet eine Veränderung in Wahrnehmung und Bewusstsein: langsam wird es Ernst mit dem Kriegsdienst!

Bundesweit sind in den vergangenen Monate beinahe flächendeckend Bündnisse gegen Aufrüstung und Wehrpflicht entstanden und haben am 5.12.2025 einen beachtenswerten Schulstreik organisieren können. DIE LINKE ist geradezu verpflichtet,

ihre Möglichkeiten und Ressourcen für den Aufbau dieser Bewegung zu verwenden und sich maßgeblich in die Mobilisierung für den kommenden Schulstreik am 5.3. einzubringen.

Unsere Partei kann außerdem verbindendes Element sein, um den Kontakt zu Gewerkschaftsjugenden aufzubauen und sie zur Beteiligung zu bewegen. Sie kann Materialien erarbeiten und bereitstellen, um Aktive an den Schulen argumentativ zu unterstützen, wenn demnächst vermehrt Jugendoffiziere Werbung für den Kriegsdienst machen.

Die Linke kämpft!

Wir kämpfen für die Verhinderung der Wehrpflicht. Wir machen aber auch Vorschläge, die es Soldat*innen erleichtern, Befehle in Frage zu stellen oder zu verweigern, wie das uneingeschränkte Recht auf gewerkschaftliche und politische Betätigung bei der Bundeswehr, Rede- und Versammlungsfreiheit und volles Streikrecht.

Der Kampf gegen die Militarisierung der Gesellschaft ist gleichzeitig ein Kampf um die demokratischen und sozialen Errungenschaften unserer Klasse. Die Aufrüstung wird auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten ausgetragen werden, zu Lasten von Bildung, Infrastruktur, Sozialwesen und Renten.

Die Linke steht dagegen für eine friedliche, gerechte und demokratisch-sozialistische

Wir fordern daher vom Kreisvorstand:

- als oppositionelle Kraft gemeinsam mit anderen sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen und antimilitaristischen Kräften zusammenarbeiten
 - solidarische Zusammenarbeit mit antiimperialistischen Organisationen in Aachen, insbesondere palästina- und kurdistan-solidarischen Gruppen, dem Antikriegsbündnis, dem kurdischen Volkshaus Aachen und students for Palestine, sowie Unterstützung entsprechender Bildungs-, Protest- und Kampagnenarbeit.
 - Initiative ergreifen für mehr Zusammenarbeit zwischen diesen Gruppen.
- klare Position gegen Aufrüstung und Wehrpflicht einnehmen, sowie alle Kriegsdienstverweigerer*innen solidarisch unterstützen
 - klares Ablehnen von Bundeswehr-Auftritten in Schulen und anderen öffentlichen Orten.
 - Unterstützungsangebot für alle Kriegsdienst- und Wehrpflichtverweigernde bieten.
- in Medien auf die Lage der Unterdrückten aufmerksam machen. Verwicklungen des deutschen Staates und der Wirtschaft in Besatzungsregimes aufzeigen.

- Aufruf auf Social Media zu Bildungsangeboten in Aachen, auch von Orgas wie dem SDS.
 - Offen auf die Verwicklungen der Universitäten mit der Rüstungsindustrie hinweisen, und diese kritisieren.
- Bildungsangebote zu Kolonialverbrechen der Vergangenheit und Gegenwart einfordern und anbieten durch z. B. die Basisorganisationen des OV Aachen Stadt.
 - Bereitstellung von Räumlichkeiten und finanziellen Mitteln.
 - Öffentliches Bewerben der Bildungsangebote.
- Demonstrationen und Mahnwachen anmelden, Rüstungsbetriebe blockieren, Boykottaufrufe unterstützen, Generalstreiks solidarisch unterstützen.
 - Demos weiterhin genehmigen und unterstützen, insbesondere durch regelmäßige Teilnahme.
- Wir stellen uns gegen Repressionen, die sich gegen eine offene und pluralistische Debattenkultur richten, insbesondere auch bei palästinasolidarischen Stimmen in der Partei und solidarisieren uns mit den Betroffenen von Repressionen und Diffamierungskampagnen.

Wir kämpfen gegen Aktionen, die die Macht des Imperialismus stärken, und unterstützen die, deren Kämpfe dieses System schwächt. Dabei darf sich Die Linke nicht an den kolonialen deutschen Staat aus Regierungsanspruch heraus anbiedern, sondern muss diesen Kampf mitführen. Dazu sind wir mit der Palästinakampagne im Kreisverband bereits einige gute Schritte gegangen, auf denen wir jetzt aufbauen sollten.

Quellen zum Antiimperialismus-Part

[2] Beispiel besetzte Gebiete durch Israel u.a. in der Westbank:

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/israel-besetztes-palaestinensisc-hes-gebiet-2024> Zugriff 16.12.2025

[3] Beispiel Unterstützung des Putschs in Chile 1973 durch die USA:

<https://www.deutschlandfunk.de/11-09-1973-staatsstreich-in-chile-dlf-90791851-100.html> Zugriff 16.12.2025

[4] Beispiel Japans Besetzung der chinesischer Mandschurei

<https://chroniknet.de/chronik/mandschurei-krise> Zugriff 17.12.2025

[5] Einfluss westlicher Kolonialmächte noch heute in Afrika, Beispiel Frankreich:

<https://www.deutschlandfunk.de/der-westafrikanische-franc-frankreich-und-der-unsichtbare-100.html> Zugriff 16.12.2025

[6] Beispiel Krieg der autokratischen Türkei gegen die marxistisch-anarchistisch geprägte Autonomiebehörde Rojavas

<https://www.fr.de/politik/rojava-das-freiheitsexperiment-am-wendepunkt-93783979.html>

[7] Crome, Erhard (Hrsg.). *Internationale Politik im 21. Jahrhundert – Konfliktlinien und geostrategische Veränderungen*, Karl Dietz Verlag Berlin, 2008,

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 80, Kapitel *Die EU. Von der Friedensmacht zur imperialen Politik?*, Seite 112

[ff.https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte_80.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte_80.pdf) Zugriff 16.12.2025

[8] Paech, Norman. *Menschenrechte und Krieg im Zeichen des Europäischen Wertekanons*, Rosa Luxemburg Stiftung, 2001, Onlinepublikation

<https://www.rosalux.de/publikation/id/3136/menschenrechte-und-krieg-im-zeichen-des-europaeischen-wertekanons>

Zugriff 16.12.2025

[9] Beispiel Deutschland wehrt sich gegen Reparationen für seine Kolonialverbrechen (Genozid in Namibia): <https://www.goethe.de/prj/zei/de/art/22326696.html> Zugriff 16.12.2025

Beispiel Kulturminister Weimer streicht Kolonialismus aus dem Gedenkstättenkonzept:
<https://www.deutschlandfunkkultur.de/holocaust-kolonialverbrechen-erinnerungskultu-r-wolfram-weimer-gedenkstaetten-konzept-100.html> Zugriff 16.12.2025

[10] Beispiel von deutschen Unternehmen hergestellte und in der EU verbotene Pestizide führen zu schweren Vergiftungen und anderen Erkrankungen bei Landarbeiter*innen in Südafrika und indigenen Gruppen in Brasilien:
<https://www.rosalux.de/publikation/id/42000/gefaehrliche-pestizide-von-basf-und-bayer> Zugriff 16.12.2025

Beispiel ein deutsches Unternehmen „importiert Kupfer aus Peru und vergiftet damit Wasser, Luft und Böden“: Instagram-Post von Fabian Fahl und Charlotte Neuhäuser vom 10.12.2025 https://www.instagram.com/p/DSFqx_uCNdg/? Zugriff 16.12.2025

[11] Bonner Bundestagsabgeordneter Hellmut Kalbitzer: „In Wirklichkeit sind hier große finanzielle, wirtschaftliche und politische Interessen im Spiel, die man besser nicht als ‚Hilfe‘ bezeichnet.“ Hannoversche Presse, 27.11.1960

[12] Robinson, Cedric J., et al. *Black Marxism, Revised and Updated Third Edition: The Making of the Black Radical Tradition*, 3. Ausgabe, University of North Carolina Press, 1983, Kapitel RACIAL CAPITALISM: THE NONOBJECTIVE CHARACTER OF CAPITALIST DEVELOPMENT, S. 9–28. JSTOR,
http://www.jstor.org/stable/10.5149/9781469663746_robinson.9. Zugriff 17.12.2025

[13] , d.h. wir stellen uns auch gegen imperialistische Mächte wenn sie mit „dem Westen“ konkurrieren, bspw. Russland und China

[14] Fischbach, Michael R. *Black 1968*, Routledge, 2025, Kapitel BLACK 1968 AND PALESTINE Transnationalism, Anti-Imperialism, and Revolutionary Culture, S. 85-103,
<https://doi.org/10.4324/9781003531746-5> Zugriff 17.12.2025

[15] "our freedom is incomplete without the freedom of the Palestinians" – Nelson Mandela http://www.mandela.gov.za/mandela_speeches/1997/971204_palestinian.htm
Zugriff 17.12.2025

[16] Ein Beispiel von vielen, Irland wurde von England kolonialisiert und steht an der Seite Palästinas:
<https://www.irishtimes.com/opinion/2025/07/12/worldview-irish-people-support-pales>

[tinians-because-they-recognise-the-settler-colonialism-process-at-play/](#) Zugriff
16.12.2025

[17] Generalstreik in Italien aus Solidarität mit der Global Sumud Flotilla:
<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/solidaritaet-mit-gaza-flotille-italien-i-m-generalstreik> Zugriff 16.12.2025

[18] Deutschlands Unterstützung Israels sowie Deutschlands imperialistische Interessen:
<https://jacobin.com/2025/05/postwar-germany-israel-military-economy> Zugriff
17.12.2025

Beispiel für USAs Unterstützung durch Waffen:
<https://www.deutschlandfunk.de/medien-usa-wollen-israel-wohl-neue-waffen-liefern-100.html#:~:text=Dem Wall Street Journal zufolge,gro%C3%9Fen Bodenoffensive in Rafah gewarnt> Zugriff 16.12.2025

[19] Imperialistische Interessen der USA:
<https://mronline.org/2025/06/03/israel-as-a-tool-of-u-s-imperialism/> Zugriff
17.12.2025

[20] neben der besonderen historische Verantwortung gegenüber jüdischen Menschen und auch – obwohl in geringerem Ausmaß – anderen durch Deutschland verfolgten, unterdrückten und in Massen ermordeten Gruppen